

Mittwoch, 27. Oktober 2021

Zukunftstalk bei Markus Lanz "Die größte Zumutung ist die Klimakrise"

Von Marko Schlichting



Sehen die Dringlichkeit von Klimaschutz sehr unterschiedlich: FFF-Aktivistin Carla Reemtsma und CDU-Politikerin Wiebke Winter

(Foto: ZDF und Markus Hertrich)

Die Bewegung Fridays for Future ist sich sicher: Die neue Regierung wird ihre selbst gesetzten Klimaziele nicht erreichen. Die Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad sei gefährdet. Bei Markus Lanz erklärt Aktivistin Carla Reemtsma, was sich ihrer Ansicht nach ändern muss.

Sie fordern den Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2030. Sie wollen Autos mit Verbrennungsmotor so schnell wie möglich abschaffen. Sie wollen, dass keine neuen Gaspipelines in Betrieb genommen werden und man keine neuen Straßen und Autobahnen baut. Dafür kämpfen sie - mit Schulstreiks, mit Demonstrationen, mit Hungerstreiks. Sie - das sind Klimaaktivistinnen und Klimaaktivisten wie Luisa Neubauer oder Carla Reemtsma. Reemtsma ist eine Cousine Neubauers, seit Januar 2019 Mitorganisatorin von Demonstrationen und anderen Aktionen der Fridays-for-Future-Bewegung und ihre bundesweite Pressesprecherin. Am Dienstagabend diskutierte sie bei Markus Lanz im ZDF mit der CDU-Umweltpolitikerin Wiebke Winter über die Frage, wie das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen sei.

Auf der Klimakonferenz von Paris war 2015 beschlossen worden, dass die Durchschnittstemperatur auf der Erde bis zum Jahr 2100 maximal um etwa 1,5 Grad ansteigen dürfe. Nur so könnten Umweltschäden ungeahnten Ausmaßes verhindert werden. Die Teilnehmer der Klimakonferenz gingen dabei von der Temperatur aus, die vor dem Beginn der Industrialisierung Mitte des 19. Jahrhunderts auf der Erde herrschte. Mitte September 2021 veröffentlichten die Vereinten Nationen einen Bericht, nach dem dieses Ziel ohne ein sofortiges Umsteuern unerreichbar sei. Der Bericht geht davon aus, dass die durchschnittliche Temperatur auf der Erde schon im Jahr 2026 um 1,5 Grad angestiegen sein könnte.

Verkehrswende muss über Ampel-Pläne hinausgehen



Klimaschutz reicht noch nicht **UN-Bericht: 2,7 Grad Erwärmung drohen**

"Unsere Forderungen sind nicht radikal, sondern notwendig." Das sagt Carla Reemtsma mit Blick auf den UN-Bericht und auf andere Studien, die unter anderem auch von Fridays for Future in Auftrag gegeben worden sind. Ihre Forderung: "Wir müssen in den Ausbau erneuerbarer Energien investieren." Die Abhängigkeit von fossilen Energien wie Kohle und Gas habe die Welt in die Klimakrise getrieben, erklärt Reemtsma. Hätten wir rechtzeitig mit dem Ausstieg aus fossilen Energien angefangen, würden die Menschen jetzt nicht unter den hohen Gaspreisen leiden.

Reemtsma fordert eine Verkehrswende, die über das hinausgeht, was die Ampelkoalition wahrscheinlich beschließen wird. "In Zukunft wird es E-Autos geben, aber viel weniger, als es jetzt Autos mit Verbrennungsmotoren auf den Straßen gibt. Im Moment gibt es etwa 48 Millionen Autos für 80 Millionen Bürger. Wir werden aber nicht jedes Verbrennungsauto durch ein E-Auto ersetzen können, weil uns dafür die Rohstoffe fehlen." Reemtsma fordert den schnellen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und eine Fahrradinfrastruktur in den Großstädten. Das werde Arbeitsplätze in der Autoindustrie kosten, die aber an anderer Stelle neu entstünden. Schließlich müssten auch Busse und Bahnen gebaut, gewartet und instandgehalten werden.

Gleichzeitig mahnt Reemtsma die Anhebung des CO₂-Preises auf 180 Euro pro Tonne an. Nur dann würden sich auch erneuerbare Energien rechnen, die jetzt noch zu teuer seien. Die Preiserhöhung müsse durch eine Kopfpauschale wieder an die Bürger zurückgegeben werden. Das war auch eine Wahlkampfforderung der Grünen, die jedoch schon während der Sondierungsgespräche der Ampelkoalition zu den Akten gelegt wurde. Außerdem will Reemtsma, dass die Subventionen für fossile Energien wegfallen - 45 Milliarden Euro, sagt sie. Ihr Fazit: "Wir werden die Klimakrise nicht nur durch technische Innovationen lösen können. Die Zeit haben wir nicht mehr."

"Wir müssen die Menschen mitnehmen"



Zu wenig Klimaschutz **Grüne Jugend kritisiert Ampel-Pläne**

Die junge CDU-Politikerin Wiebke Winter, kurze Zeit Teil eines Expertenteams für den Unionskanzlerkandidaten Armin Laschet, kann sich zwar grundsätzlich mit den Zielen von Fridays for Future anfreunden. Aber vieles geht ihr denn doch zu weit. Um die 1,5-Grad-Grenze doch noch zu schaffen, brauche es "richtig ehrgeizige internationale Ziele", sagt sie. Ihr sei klar, dass eine Energiewende kommen müsse. Aber auf etwas zu verzichten, mag sie sich nicht vorstellen - auch nicht auf Autos und Straßen. "Wenn wir über Verzicht reden, geht mir verloren, dass wir in einem demokratischen System leben. Wir müssen das leben, was die Menschen wollen. Das heißt: Wir müssen die Menschen mitnehmen." Man müsse Anreize setzen für das Erreichen der Klimaneutralität, dürfe dabei aber nicht den Weg wählen, der die radikalste Transformation erreicht, sagt Winter. Und man dürfe den Menschen nicht zu viel zumuten.



POLITIK

17.10.2021

"FFF"-Aktivisten enttäuscht

Basel: SPD und FDP ohne Klimaschutzideen

Da widerspricht Reemtsma: Die größte Zumutung sei die Klimakrise, sagt sie. Aber keine Partei habe im Wahlprogramm wirklich Ideen gehabt, diese Krise wirksam zu bekämpfen. Eine mögliche Radikalisierung von Fridays for Future fürchtet Reemtsma nicht, auch wenn sie sagt: "Der Schulstreik war ziviler Ungehorsam, aber es können auch andere Formen des zivilen Ungehorsams folgen."

Was sie damit meine, das seien Demonstrationen oder Blockaden vor Parteizentralen. Sie befürchtet, die Parteien der Ampelkoalition würden es mit der Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels nicht wirklich ernst meinen. Deswegen seien Proteste weiterhin legitim. "Wir müssen uns trauen, auch die unbequemen Wahrheiten zu benennen."

Quelle: ntv.de

[*Datenschutz](#)

[Datenschutzerklärung](#) [Privacy Center](#)